



**Resolution der IG Metall Jugend
„Für Generationengerechtigkeit“
Dialog der Generationen statt Spaltung der Gesellschaft**

Die große Koalition will Menschen, die lange gearbeitet haben, Eltern, deren Kindern vor 1992 geboren wurden und Erwerbsgeminderte besser stellen. Nach Rentenkürzungen, Privatisierung und Anhebung der Regelaltersgrenze ist das endlich ein Schritt in die richtige Richtung. Ein Schritt hin zu einer besseren Versorgung und mehr Leistungsgerechtigkeit. Insbesondere die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren ist eine erste wichtige Verbesserung. Beschäftigte, die lange gearbeitet und viel eingezahlt haben, werden dadurch nicht mehr mit Rentenabschlägen bestraft, wenn sie mit 63 aus dem Berufsleben ausscheiden.

In der Bevölkerung erfährt das Rentenpaket große Zustimmung. Arbeitgeber und marktradikale Denkfabriken, zum Beispiel die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, wollen die Rentenreform hingegen stoppen, plädieren für weitere Beitragskürzungen und beschwören mit großer Vehemenz einen Generationenkonflikt. Sie klagen über „teure Luxusrenten“ und „soziale Wohltaten“ auf Kosten der jungen Generation.

Für uns ist klar: Nicht angebliche „Luxusrenten“, sondern halbherzige Verbesserungen und fehlender Reformmut bedrohen den Generationenvertrag. Wer weitere Kürzungen bei den Rentenbeiträgen fordert, will nicht mehr Generationengerechtigkeit, sondern lässt die Rentenkassen ausbluten. Diese Forderungen der angeblichen Anwälte der Jugend führen zu höheren Belastungen der Jugend: Sie soll privat vorsorgen – ohne paritätische Beteiligung der Arbeitgeber und mit den Risiken der Finanzmärkte.

Wir fordern weitere und weitergehende Verbesserungen. Den unsozialen Kahlschlägen setzen wir das Konzept Beschäftigungsbrücke entgegen: Ältere Arbeitnehmer/-innen sollen bereits nach 40 Versicherungsjahren unter voller Anrechnung von Erziehungs-, Studien- und Ausbildungszeiten ab dem 60. Lebensjahr ohne Abschläge in Rente gehen können – zugunsten von jüngeren Arbeitnehmer/-innen. Generationsübergreifend fordern wir die völlige Rücknahme der Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre.

Für und mit der jungen Generation setzen wir uns deshalb für eine solidarische und generationengerechte Politik ein, die in die Zukunft investiert. Folgende Handlungsfelder stehen dabei im Zentrum:

Neuer Generationenvertrag in der Alterssicherung

Die Menschen brauchen eine gute Rente, die ihren Lebensstandard sichert, Altersarmut vermeidet und einen flexiblen Ausstieg ermöglicht. Dies darf nicht nur für die heute Älteren gelten, sondern muss auch für künftige Generationen gesichert werden. Das Rentenniveau muss erhöht, die Rente solidarisch finanziert und alle Erwerbstätigen – also auch Selbstständige, Freiberufler/-innen, Beamte und Parlamentarier/-innen einbezogen werden.

Solidarische Neuordnung auf dem Arbeitsmarkt

Junge Menschen brauchen Perspektiven. Gute Arbeit, ein unbefristeter Arbeitsplatz und ein verlässliches Einkommen sind Grundlage dafür. Auszubildende brauchen mindestens ein existenzsicherndes Einkommen. Die beiden größten Herausforderungen der Beschäftigungspolitik liegen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Diskussionen, die beide Herausforderungen gegeneinander ausspielen wollen, lehnen wir ab. Unsere Forderung ist die nach Vollbeschäftigung in sicheren Verhältnissen. Wir dürfen nicht zulassen, dass immer mehr befristete Jobs und Arbeitsplätze für so genannte „gering Qualifizierte“ geschaffen werden, die keine Lebensperspektive und -planung ermöglichen. Vor allem die junge Generation – unsere Generation – ist davon betroffen und muss mit den Folgen leben. Leiharbeit und Werkverträge müssen reguliert, prekäre Beschäftigung insgesamt eingedämmt und ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ohne Ausnahmen eingeführt werden. Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, wir setzen uns für bessere Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen sowie die Abschaffung der Entgeltlücke (gender pay gap) ein.

Gute Bildung für alle

Bildung ist heute mehr denn je der Schlüssel für die Emanzipations- und Entwicklungschancen eines jeden Einzelnen. Nur wer seine Umwelt und die Zusammenhänge des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens kennt, ist in der Lage, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese in einem demokratischen Beteiligungsprozess zu formulieren. Es gehört daher zu den unveräußerlichen Rechten jedes Individuums, das eigene Leben durch Bildung in die Hand zu nehmen. Bildung ist dabei als ein kontinuierlicher Prozess zu verstehen, in dem Entwicklung und Selbstentfaltung der Einzelnen nie abgeschlossen sind: Bildung muss deshalb immer möglich sein, unabhängig von den Lebensphasen oder den sozialen Bedingungen der Einzelnen. Doch unser Bildungssystem ist nach wie vor ein hoch sozial selektives System. Es muss daher unser Ziel sein, allen Menschen unabhängig von sozialem Status und Herkunft die Möglichkeit zu bieten, ihre individuellen Fähigkeiten zu entfalten. Um lebenslanges Lernen zu ermöglichen brauchen wir grundlegende Reformen. Bildung muss deutlich besser finanziert werden. Die Unternehmen müssen generationenübergreifendes Lernen sicherstellen.

Wir, die IG Metall Jugend, beteiligen uns nicht an einem inszenierten „Konflikt der Generationen“. In der IG Metall kämpfen Jung und Alt gemeinsam und nicht gegeneinander.

Wir setzen uns dafür ein, dass unsere älteren Kolleginnen und Kollegen ohne Rentenabschläge in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen können. Im Gegenzug kämpfen wir mit ihnen gemeinsam dafür, dass wir – die junge Generation – beruflich voll durchstarten können: Mit einer unbefristeten Übernahme und finanziell geförderten Weiterbildungsmöglichkeiten durch die Arbeitgeber.